

# Verbrechensbekämpfung in einem komplexen Umfeld

Polizeiarbeit und Verbrechensbekämpfung gehörten ursprünglich nicht zu den Aufgaben der Vereinten Nationen. Erst in den neunziger Jahren wurden Institutionen und Übereinkommen geschaffen, um mit grenzüberschreitenden ›Geißeln‹ wie Menschenhandel, Schleusung von Migranten, Drogen- und Waffenhandel umzugehen. In diesem Themenheft werden zum einen die Aufgaben und Probleme der UN-Polizei bei der Friedenssicherung und zum anderen die Möglichkeiten und Grenzen der Vereinten Nationen bei der Kriminalitätsbekämpfung beleuchtet.

**Philipp Rotmann** räumt ein, dass die UN-Polizei in den Friedensmissionen heute weitaus komplexere Aufgaben zu bewältigen hat als noch vor 20 Jahren, dass sie aber mehr mit der Verwaltung von Mängeln beschäftigt ist als mit der Lösung dieser Aufgaben. **Stefan Feller**, Leiter der UN-Polizeiberater, widerspricht im Interview dieser Einschätzung und erklärt, dass die UN-Polizei aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und unter anderem eine neue Polizeidoktrin auf den Weg gebracht habe. **Steffen Eckhard** kritisiert, dass die Beteiligung mit Polizeikräften aus Deutschland seit dem Jahr 2000 massiv zurückgegangen ist und bei gegenwärtig rund 130 Personen steht. Will Deutschland seinem Anspruch nach mehr außenpolitischer Verantwortung gerecht werden, müssten einige bürokratische und ideologische Hindernisse überwunden werden. Verteidigungsexperte **Winfried Nachtwei** fordert konkret, dass polizeiliche Auslandseinsätze zu den Kernaufgaben der deutschen Polizeien gehören sollten und ein nationales Planziel festgelegt werden muss.

Bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sieht **Mark Shaw** die Vereinten Nationen zunehmend an den Rand gedrängt. Um nicht den Anschluss zu verlieren, müssten die UN, vor allem das Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, eine kohärentere Strategie verfolgen und sich institutionell neu aufstellen. Beim Thema Drogenhandel sieht **Günther Maihold** den bisherigen ›Krieg gegen die Drogen‹ als gescheitert an. Von lateinamerikanischen Ländern wird daher eine fairere Lastenteilung gefordert und mehr Geld für Erziehung und Prävention. Bei der internationalen Korruptionsbekämpfung kann Deutschland wieder mitreden. Mit zehnjähriger Verspätung trat das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption im November 2014 in Deutschland in Kraft. **Sebastian Wolf** nennt die Gründe für die späte Ratifizierung und sieht in dem neuen Überwachungsmechanismus eine Weiterentwicklung, die als Vorbild dienen kann.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin  
papenfuss@dgvn.de